

Kalter Krieg oder Entspannungspolitik?

von Dietmar Köster



Dr. Dietmar Köster, MdEP, ist Mitglied im Landesvorstand der NRW-SPD und beurlaubter Professor für Soziologie an der Hochschule in Dortmund.

Foto: WWW.SALESSKI.DE

Zunehmende Spannungen

Wir leben in einer unsicheren Welt und in gefährlichen Zeiten. Dies liegt nicht allein an der Pandemie und der Klimakrise. Spannungen in der Welt eskalieren. Die Anwendung von Gewalt hat in den zurückliegenden zehn Jahren weltweit zugenommen, während sie im Zeitraum davor zurückgegangen war. Der Weltfriedensindex (GPI; Institute for Economics & Peace 2020) zeigt für das vergangene Jahrzehnt einen Trend zu mehr globaler Gewalt und weniger Frieden. Noam Chomsky (2021) kommt jüngst zu der Einschätzung, dass die Gefahr eines Atomkriegs aktuell so groß ist wie zu Zeiten des Kalten Krieges. Dabei spielen vor allem die NATO und die USA eine entscheidende Rolle. Die NATO bleibt bei ihrem Konzept der militärischen Überlegenheit, um geopolitische Machtinteressen zu verfolgen. Von den weltweit ausgegebenen 1,83 Billionen US-Dollar für Rüstung veranschlagen die westlichen Staaten alleine zwei Drittel. Weltweit unterhalten die USA 800 ausländische Militärstützpunkte, Russland 20. Aber auch Russland plant weitreichende Aufrüstung wie z.B. mit Hyperschallwaffen, die von westlichen Raketenabwehrsystemen nicht abgefangen werden können.

Es gibt einen neuen Rüstungswettlauf (IISS 2021), bei dem die größten Wachstumsraten in Europa bevorstehen, wozu auch die Anschaffung einer „Euro-Drohne“ zählt. Hinzu kommt die Kündigung wichtiger Verträge zur Waffenkontrolle, zunächst durch die Trump-

Regierung, anschließend durch die Putins. Hierzu zählen zum Beispiel der INF-Vertrag (Intermediate Range Nuclear Forces Treaty/ Vertrag über Nukleare Mittelstreckensysteme) und der Open Skies-Vertrag (den Vertrag über den offenen Himmel). Hoffnung erzeugt dagegen die neue US-Regierung mit Präsident Biden, die an einer Verlängerung des START-Abkommens zur Begrenzung und Reduzierung der Anzahl strategischer Nuklearraketen interessiert zu sein scheint.

Darüber hinaus lässt sich zuletzt eine besorgniserregende Rhetorik zwischen Russland und dem Westen beobachten. Biden nennt Putin einen „Mörder“. Der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, wird während seines Besuchs in Moskau auf einer Pressekonferenz vom russischen Außenminister, Sergei Lawrow, der die EU als einen unzuverlässigen Partner bezeichnete, abgekanzelt. Die Beziehungen haben einen weiteren Tiefpunkt erreicht. Es existiert eine brüchige Sicherheitslage in Kontinentaleuropa. Eine länger andauernde konfrontative Lage scheint unausweichlich. Kann dieser neue Kalte Krieg gestoppt werden?

Die massive Verlegung russischer Truppen an die Grenze der Ukraine einerseits und die Durchführung des NATO-Manövers Defender Europe 21 im Operationsgebiet Südosteuropas und der Schwarzmeerregion andererseits sind Teile einer Eskalationsspirale, die auch die Gefahr eines unmittelbaren militärischen Konflikts aufgrund von Fehlern heraufbeschwört.¹

Kann unter diesen Umständen eine neue Entspannungspolitik eingeleitet werden (Rogova 2018)? Der Hauptgrund dafür besteht darin, dass wir aus der Geschichte wissen, dass der Kalte Krieg jederzeit in einen heißen umschlagen kann. Die Sicherung des Friedens und der Stopp der Geldverschwendung für Rüstung er-

¹ Mittlerweile (22.4.) hat Moskau den Rückzug seiner Truppen angekündigt.

fordern es, zu einer erneuerten Entspannungspolitik zurückzukehren.

Die Prinzipien des Gewaltverzichts und der friedlichen Koexistenz zweier verschiedener Systeme bildeten die Grundlage für eine Politik der Entspannung. Es handelte sich um eine Art antagonistische Kooperation. Abrüstung, Kooperation und Vertrauensbildung waren die Pfeiler der Entspannungspolitik. Diese beinhaltete die Fähigkeit, in Betracht zu ziehen, welche Effekte die Handlungen der einen Seite auf die jeweils andere Seite haben würden. Entspannungspolitik beruht auf dem Vermögen, sich selbst in die Position des Gegenübers zu versetzen. Dieser Ansatz ermöglicht es, das Sicherheitsdilemma (Heumann 2020), wonach Maßnahmen, die die Sicherheit des einen staatlichen Akteurs verbessern notwendigerweise die des anderen verschlechtern, zu überwinden. Dazu wurden neue Verhandlungsformate entwickelt, um Spannungen abzubauen. Ein wichtiges Resultat dieser Formate ist die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Die Staaten wurden verpflichtet, ihre Grenzen zu respektieren, womit die Wirklichkeit zweier unterschiedlicher Machtblöcke anerkannt wurde. Des Weiteren sollte die ökonomische Kooperation ausgebaut werden. Beide Seiten verpflichteten sich, Konflikte friedlich und mit diplomatischen Mitteln zu lösen. Außerdem versprachen die beteiligten Staaten, Menschenrechte zu wahren und sich nicht in die Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen.

Die Politik der Entspannung führte zu einem Ende der Blockkonfrontation und zum Fall des eisernen Vorhangs. Sie sicherte Frieden in der Welt, begünstigte den Werdegang Gorbatschows und die grundlegenden meist friedlichen Transformationen jener Staaten, die seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs unter der Kontrolle des autoritären und despotischen Systems der Sowjetunion gestanden hatten. Die Formel der Entspannungspolitik lautete „Wandel durch Annäherung“. Und dieses Konzept funktionierte auf eine praktische Art und Weise wie zum Beispiel durch Besucherleichterung zwischen der damaligen DDR und der BRD. Schließlich führte

die neue Ostpolitik zur deutschen Wiedervereinigung. Die Politik der Entspannung kennzeichnet einen Wendepunkt der europäischen Geschichte. Der Kalte Krieg kam zu einem Ende.

Im Moment bestimmt die alte Logik der Abschreckung durch gegenseitige Zerstörung die internationale Politik. Die Logik der Entspannungspolitik wurde zurückgedrängt.

Gründe für einen neuen Kalten Krieg

Zwei Ereignisse sind Hauptverursacher der angespannten Lage in Europa: Die NATO-Ostererweiterung und die völkerrechtswidrige Annexion der Krim sowie der niedrigschwellige Krieg im Osten der Ukraine durch Russland (Kronauer 2018). Russland hat die Souveränität und Integrität eines anderen Staates angegriffen. Das darf nicht akzeptiert werden. Allerdings ist daran zu erinnern, dass die Kriege des Westens gegen den Irak und gegen das ehemalige Jugoslawien ebenso völkerrechtswidrig waren. Darüber hinaus bleibt die EU-Politik inkohärent. Die Quasi-Annexion der Türkei von Teilen Nordsyriens bleibt für Istanbul mehr oder weniger folgenlos. Die EU-Kommissarin und der Ratsvorsitzende fordern eine „Positiv-Agenda“ im Umgang mit der Türkei und haben sogar Erweiterungen bei der Zollunion in Aussicht gestellt. Und das nur, weil die EU hofft, dass die Erdogan-Regierung Flüchtlinge auf ihrem Weg in die EU stoppt.

Die verhängten Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland sind nicht zielführend. Eine klügere Reaktion der EU ist die Anwendung der globalen Sanktionsregelungen der EU im Falle von Menschenrechtsverletzungen, welche gezielte Maßnahmen gegen verantwortliche Personen ermöglichen. Die zielgerichteten Sanktionen gegen Verantwortliche der militärischen Interventionen, die anlässlich der Krimannexion beschlossen wurden, sollten weiterhin in Kraft bleiben. Allerdings sind auch in diesem Kontext der Ukrainekrise die Sicherheitsinteressen Russlands zu berücksichtigen. Eine Ukraine, die das Ziel verfolgt, Mitglied der Europäischen Union und auch

der NATO zu werden, kann als eine Gefahr für Russland gesehen werden. US-amerikanische Think Tanks haben festgestellt, dass Russland sich nicht länger selbst verteidigen kann, sollte die Ukraine der NATO beitreten.

Es ist daran zu erinnern, dass es im Zuge der Wiedervereinigung Deutschlands ein Versprechen gegenüber Gorbatschow gab, die NATO nicht in Richtung der russischen Grenzen zu erweitern. Ein mündliches Versprechen, das gebrochen wurde. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in den 90er Jahren wurden die baltischen und sämtliche an der russischen Grenze zur EU gelegenen Staaten Mitglieder der NATO. Daher berührt ein möglicher Beitritt der Ukraine in die NATO die Sicherheitsinteressen Russlands, insbesondere wegen des russischen Marinestützpunktes in Sewastopol. Eine politische Lösung für die Ukraine kann nur in Kooperation mit Russland gefunden werden. Dasselbe gilt auch in Bezug auf die Östliche Partnerschaft der EU². Es gibt einen Wettbewerb um die Integration der sogenannten „countries in between“ zwischen der EU und Russland. Russland ist besorgt über den zunehmenden Einfluss der EU auf diese Länder. Ein Dialog mit Russland muss daher das Ziel verfolgen, die Sicherheitsinteressen beteiligter Akteure zu analysieren und ein System kollektiver Sicherheit in Europa zu schaffen.

Die Friedensdividende nach dem Ende des Kalten Krieges hat keine nachhaltigen positiven Wirkungen gezeigt. Die gescheiterte Integration Russlands in die europäischen Sicherheitsstrukturen ist einer der Hauptgründe für die gegenwärtige konfrontative Situation in Europa. Nachdem Putin der EU mehrere Angebote unterbreitete, wie in seiner Rede im Bundestag 2001, in der er seine Vision von einer europäischen Friedensordnung unter russischer Beteiligung und dem Aufbau eines gemeinsamen europäischen Hauses formulierte, gab er das Vorhaben, gute Beziehung mit den westeuropäischen Staaten zu etablieren, später auf. Nicht nur in der Ukra-

ine, sondern auch in Ländern wie Syrien und Libyen agierte er aggressiv. Dieses Vorgehen hatte unter anderem innenpolitische Motive. Putin möchte mit seiner Außenpolitik Zustimmung im eigenen Land gewinnen. Um seine politische Position zu stärken, fördert Putin daher mit seiner Politik den Nationalismus innerhalb Russlands. Dies kann nicht im Interesse der EU sein. Es kann jedoch eben so wenig im Interesse der EU sein, die Regierung Putin zu destabilisieren oder sogar eine Politik des „regime change“ zu verfolgen. Die Folgen wären unberechenbar.

Russland hat den Anspruch, ein zentraler Akteur in der globalen Politik zu sein. Es ist ein in geographischer Hinsicht riesiges Land mit einem großen Potential in Europa. Die Größe seines Binnenmarktes und seine riesigen Vorräte an Rohstoffen sind für die ökonomische Kooperation mit der EU bedeutsam. Jedoch stehen die hohen Erwartungen auf dem Boden einer schwachen Wirtschaft. Die russische Wirtschaft ist stark vom Export von Öl und Gas abhängig. Dies ist insbesondere deshalb nicht besonders nachhaltig, weil die Welt zurzeit auf der Suche nach einem Weg ist, den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase zu reduzieren. Russland liegt mit seinem Bruttoinlandsprodukt im weltweiten Vergleich auf Rang 13, hinter Italien und Brasilien und vor Süd-Korea. Gleichzeitig betragen die russischen Rüstungsausgaben 5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Dies ist jedoch nur ein Zehntel dessen, was die USA für Rüstung ausgibt, und lediglich ein Fünfzehntel der Rüstungsausgaben der NATO. Russland übernimmt sich also mit seinen militärischen Aktivitäten. Außerdem verliert Putin aufgrund der in Russland weitverbreiteten Korruption zunehmend an politischer Legitimation. Die russische Rolle als Großmacht beruht daher überwiegend auf dessen Atomwaffen.

Auf der Grundlage der Erfahrung der Entspannungspolitik zeigt sich, dass die EU einen neuen Ansatz zur Herstellung eines friedlichen und kooperativen Umgangs mit Russland braucht. Die Alternative einer Konfrontation birgt zu viele Risiken. Die beste Lösung wäre eine Strategie der pragmatischen

² Mitglieder der Östlichen Partnerschaft sind die post-sowjetischen Staaten Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Moldau und die Ukraine.

Kooperation auf der Grundlage gemeinsamer Interessen.

Mehr europäische Souveränität

Zweifellos werden sich die Beziehungen zwischen der EU und den USA unter der neuen Biden-Regierung verbessern. Ebenso wie die europäische gründet sich auch die Außenpolitik Bidens auf das Konzept gemeinsamer Interessen, Werte und den Multilateralismus. Auf lange Sicht erodiert jedoch die Zusammenarbeit der westlichen Staaten. Das Konzept der erweiterten europäischen Souveränität reflektiert diesen Sachverhalt. Es bedeutet, dass die EU stark genug sein muss, um Maßnahmen zu ergreifen, die sowohl mit den Menschenrechten in Einklang stehen als auch den fundamentalen Bedürfnissen der EU gerecht werden. Häufig wird dieses Konzept mit dem Vorhaben einer militarisierten EU in Verbindung gebracht, welches auf eine größere militärische Unabhängigkeit gegenüber den USA abzielt. Eine nachhaltige politische Strategie der EU, die den Zielen des Friedens und der Abrüstung verpflichtet ist, sollte jedoch stärker an der „soft power“ als an der „hard power“ der EU ausgerichtet sein, stärker an Diplomatie als an militärischen Mitteln. So steigert die Verlagerung von NATO-Militär – wie zum Beispiel die Leopard-2-Panzer – an die Grenzen Russlands die Bedrohungswahrnehmung in Moskau. Dies steht auch im Widerspruch zum Geist der NATO-Russland-Grundakte von 1997, in der sich die NATO verpflichtete, darauf zu verzichten, „substantielle Kampftruppen“ dauerhaft an der russischen Grenze zu stationieren. So tragen die aktuellen gegen Russland gerichteten NATO-Manöver „Defender Europe 2021“ mit 30.000 Soldaten aus 26 Ländern, unter denen sich auch die Ukraine und Georgien befinden, erheblich zu den Spannungen bei. Russland verstärkt seine Truppen ebenfalls an der ukrainischen Grenze. Die USA haben ihre Ankündigung Kriegsschiffe ins Schwarze Meer zu schicken, zwischenzeitlich zurückgezogen. Inzwischen kündigte Großbritannien am 18. April an, zwei Kriegsschiffe im Mai ins Schwarze Meer zu entsenden. Diese Politik der gegenseitigen Abschreckung in den Kontaktzonen zwischen NATO und Russland steigert das Risiko einer militärischen Eskalation. Das kann auch

aus Versehen aufgrund technischer Fehlalarme, da die Vorwarnzeiten immer kürzer werden, geschehen. Elemente der zivilen Konfliktbearbeitung, neue Gesprächsformate bleiben dagegen vollkommen unterentwickelt.

Das Ende des Kalten Krieges wird von den USA und der EU jeweils unterschiedlich historisch gedeutet. Die Interpretation der USA lautet: Wir haben den Kalten Krieg gewonnen, weil die Sowjetunion aufgrund des Wettrüstens zusammengebrochen ist. Im Gegensatz dazu vertritt in Europa vor allem die Sozialdemokratie die Auffassung, dass das Ende des Kalten Krieges durch eine Politik des Wandels durch Annäherung herbeigeführt wurde. Die USA sind nicht interessiert an einer starken EU, wenngleich sie Verbündete sind. Sie brauchen die EU eher als eine Art Werkzeugkasten für ihre internationalen Aktivitäten. Ihre externen militärischen Interventionen werden häufig von Europa aus koordiniert, da hier ihre militärischen Streitkräfte und ihre technische Ausrüstung stationiert sind. Deutschland fungiert zum Beispiel bei Militärmanövern der NATO als Drehscheibe für die Truppenverlegung.

Darüber hinaus ist der wesentliche Unterschied zwischen der EU und den USA in ihrer jeweiligen Beziehung zu Russland ein schlicht geographischer. Russland und die EU sind Nachbarn und liegen auf demselben Kontinent. Für beide ist die Sicherung des Friedens ein gemeinsames elementares Interesse, weshalb es sich bei der Frage, neue Formen der Kooperation zu finden, um eine des Überlebens handelt. Dazu kommt, dass die USA ihre Außenpolitik mehr und mehr gegen den Aufstieg Chinas zu einer neuen Supermacht richtet. Viele Wirtschaftsexperten sehen in China eine Konkurrenz für die USA im Wettstreit um die größte globale Wirtschaftsmacht. In weniger als zwanzig Jahren wird China die USA wirtschaftlich überholt haben und damit zugleich die globale Führungsrolle der USA in Frage stellen. In einer sich wandelnden multilateralen Welt ist China daher der eigentliche Gegner der USA.

Für die EU ist China aufgrund seines riesigen Binnenmarktes von großer Bedeutung. In Hinblick auf die Außenpolitik der EU gilt es zu berücksichtigen, dass eine gegen Russland gerichtete Politik dieses in die Arme Chinas treibt. Das geht hin bis zu Planspielen eines chinesisch-russischen Militärbündnisses. Das kann nicht im Interesse der EU sein. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt findet ein Prozess der Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und China statt.

Eine erneuerte Entspannungspolitik

Wir leben in einer globalisierten Welt mit einer Vielzahl von Problemen, die politisch und solidarisch mit diplomatischen Mitteln und ohne Rückgriff auf militärische Gewalt gelöst werden müssen. Einige dieser Herausforderungen sind offenkundig. Die Pandemie ist eine Bedrohung, die wir nur mithilfe zivilisierter und gerechter internationaler Kooperation überwinden können. Es gibt mehr und mehr weltweite Lieferketten, von denen sämtliche Nationen abhängig sind. Wir müssen den Klimawandel bekämpfen. Außerdem gibt es eine Vielzahl internationaler Konflikte, welche nur unter Einbeziehung Russlands gelöst werden können: Zum Beispiel Syrien, Libyen, der Konflikt im mittleren Osten und das Atomabkommen mit dem Iran (JCPOA (Joint Comprehensive Plan Of Action)). Wenn die EU diese globalen Probleme nachhaltig lösen möchte, müssen in Bezug auf Russland zwei Dinge unternommen werden: Wir brauchen Kooperation und Robustheit (Paikin 2021) im Sinne einer klaren Haltung bei Demokratie, Menschenrechten und internationalem Recht. In Anbetracht der mehr als 20.000 Geflüchteten, die während der letzten sechs Jahre auf ihrem Weg nach Europa im Mittelmeer ertrunken sind, verliert die EU allerdings an Glaubwürdigkeit.

Eine kooperative Politik gegenüber Russland sollte nicht auf Illusionen aufbauen. Die EU muss sich der Tatsache bewusst sein, das Russland kein Interesse an einer starken EU hat. Es bevorzugt vielmehr eine Außenpolitik, die sich an die einzelnen EU-Mitgliedsstaaten anstelle der EU richtet. Das war die klare Bot-

schaft des russischen Außenministers Lawrow während Borrells Besuch in Moskau. Daraus folgt, dass die EU gemeinsam handeln muss.

Es ist fraglich, ob Sanktionen gegen Russland ein sinnvolles Instrument sind, um eine Veränderung der russischen Politik zugunsten der Einhaltung der Menschenrechte und des internationalen Rechts herbeizuführen. Obwohl die Sanktionen in Folge der Krimannexion die russische Wirtschaft geschwächt haben, konnte dadurch bis heute kein Politikwechsel hinsichtlich der Annexion oder des „low-intensity-war“ im Osten der Ukraine angestoßen werden. Stattdessen hatte sich die Position Putins innerhalb Russlands nach den Sanktionen des Westens gestärkt. Es scheint daher erfolgsversprechender zu sein, dem Konzept der Entspannung, des „Wandels durch Annäherung“ zu folgen, welches auch einen Wandel durch Handel beinhaltet. Demzufolge sollte das North-Stream-2-Projekt abgeschlossen werden. Es wirft wohl aus ökologischer Sicht viele Fragen auf. Allerdings ist das Projekt mittlerweile so weit fortgeschritten, dass ein Abbruch kurz vor der Vollendung schweren politischen Schaden im Verhältnis zu Russland verursachen würde, sodass ein kooperativer Entwicklungspfad zum Abbau der Kriegsgefahren weiter verschütten würde. Erdgas- und Erdölimporte aus Russland nach Deutschland haben eine lange historische Tradition (Kronauer 2018) und waren in der ökonomischen Kooperation immer ein stabilisierender Faktor in den internationalen Beziehungen.

Die EU muss eine langfristige Strategie der Kooperation anstelle von Konfrontation gegenüber Russland verfolgen. Es ist zwischen kurzfristigen alltäglichen Ereignissen und langfristigen strategischen Interessen zu differenzieren. Die Spirale der Eskalation muss gestoppt werden. Die EU-Strategie hat ein neues Gleichgewicht zwischen Robustheit und Kooperation zu entwickeln. Die Zeit ist reif die fünf Grundsätze³ der europäischen Außenpolitik in

³ Die Fünf Grundsätze lauten: 1. Umsetzung der Minsker Vereinbarungen als wesentliche Voraussetzung für die Aufhebung von Sanktionen; 2. selektive Kooperation mit Russland; 3. Stärkung der Beziehungen zu den post-sowjetischen Nachbarn der EU; 4. Stärkung der Widerstandsfähigkeit der EU gegenüber russischen Drohungen; 5. Unterstützung der Zivilgesellschaft in Russland.

der Beziehung zu Russland neu auszurichten. Diesem Konzept nach ist es praktisch unmöglich das Verhältnis zu Russland zu verbessern. Perry Anderson (2021) weist zurecht darauf hin, dass die Krim von Russland auf absehbare Zeit nicht aufgegeben wird. Sie gehörte 200 Jahre zu Russland, deren mehrheitliche russische Bevölkerung den Anschluss an Russland begrüßt. Die EU sollte ihre Beziehungen zu Russland nicht auf der Fiktion begründen, die Zurückholung der Krim in die Ukraine sei in überschaubarer Zeit realisierbar. Dennoch ist darauf zu bestehen, dass auf der einen Seite Russland Menschenrechte und internationales Recht respektieren muss. Als Mitglied des Europarates ist Russland dazu verpflichtet, in Übereinstimmung mit diesen Normen zu handeln. Auf der anderen Seite muss die EU, anknüpfend an die Tradition der Entspannungspolitik, Realitäten anerkennen, selbst wenn ihr diese nicht gefallen. Die vollständige Umsetzung der Minsker-Vereinbarung ist unrealistisch (Stewart 2020). Daher sollte man sich von der Fixierung auf den Ukraine-Krim-Konflikt lösen. Auf der Basis gemeinsamer Interessen

sind neue Wege auszuloten. In ökonomischer Hinsicht spielt Russland für die EU als größerer Binnenmarkt und als Rohstofflieferant eine große Bedeutung. Die Tür für mehr Kooperationen ist beispielsweise im Bereich des globalen Kampfes gegen den Klimawandel zu öffnen. Es besteht großes Potential für die Entwicklung von wasserstoffbasierter Energieerzeugung in der Zusammenarbeit mit Russland. Auch kann die North-Stream-2-Pipeline dafür genutzt werden, Wasserstoff aus Russland zu importieren (Deutsch-Russische Brückenergien 2021). Stimmen in diese Richtung finden sich nicht nur in Deutschland, sondern auch in Italien und Frankreich. In diesem Fall braucht die EU mehr Souveränität gegenüber den USA. Deren neue Regierung möchte, wie auch schon die vorherige, das Projekt stoppen und hat Interesse am Export von aus Fracking gewonnenem Erdgas in die EU. Es ist nicht akzeptabel, dass die US-Regierung europäischen Unternehmen, die am Bau der Pipeline beteiligt sind, extraterritoriale Sanktionen auferlegt. Ein solches Vorgehen ist nicht durch internationales Recht gedeckt.

spw-Newsletter

aktuell und kompakt informiert über



Artikel/Dossiers
linke Debatten
Bildungsangebote

Für eine schnelle
Online Information
Jetzt eintragen unter

www.spw.de
für den spw Newsletter

Allerdings ist die EU in dieser Frage gespalten. Vor allem die osteuropäischen Staaten fordern ein Ende von North-Stream 2. Hier ist es wichtig, weitergehende Infrastrukturprojekte zwischen der EU und Russland auf den Weg zu bringen, wozu neue Gesprächsformate gefunden werden müssen.

In friedens- und sicherheitspolitischen Fragen ist die OSZE ein wichtiger Gesprächsrahmen, es bedarf jedoch mehrerer unterschiedlicher, untereinander koordinierter und kohärenter Ansätze. Zudem ist die zivilgesellschaftliche Kooperation auszubauen wie z.B. durch visa-freies Reisen oder den Ausbau des EU-Russland-Zivilgesellschaftsforums. Damit könnte Vertrauen in den Beziehungen wachsen. Gleichzeitig sind neue Initiativen für die konventionelle Rüstungskontrolle einzuleiten wie zum Beispiel eine Rüstungskontrollzone im Ostseeraum unter Beteiligung u.a. der drei baltischen Staaten, Polen, Belarus, Russland und Deutschland (Zellner 2020).

Die zunehmende Verschwendung von öffentlichen Geldern für Aufrüstung muss gestoppt werden. Eine Umverteilung von Rüstungsausgaben zu zivilen Projekten ist dringend geboten, da die wirklichen Gefahren für die Menschheit akut von der Pandemie, von der Klimakrise und von sozialer Ungleichheit ausgehen. Alleine die Tatsache, dass fast 1 Millionen Tote in Europa wegen der Pandemie zu beklagen sind, zeigt beispielsweise, dass der Ausbau des öffentlichen Gesundheitswesens weltweit dringend geboten ist. Dagegen steht der Aufrüstungskurs der NATO, wonach 2 Prozent des BIPS für Militär ausgegeben werden sollen. Dieser Paradigmenwechsel in der Außenpolitik in Richtung eines kooperativen Entwicklungspfades braucht eine erneuerte Entspannungspolitik mit Russland. Die avisierte Kooperation, die Deutschland mit Russland bei der Versorgung mit Impfstoffen sucht, kann man unter den bekannten Zulassungsbedingungen der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) nur begrüßen. Wünschenswert wäre hier natürlich ein gemeinsames europäisches Vorgehen. Im neuen Entwurf des Wahlprogramms der SPD heißt es: „Frieden in Europa kann es nicht gegen, sondern nur mit

Russland geben“. Ein zentraler Grund für einen Politikwechsel in Deutschland. ■

Literatur

- Anderson, Perry (2021): Operation Europa / Teil 1 und 2. In: Lettre 132, S. 19 – 46.
- Chomsky, Noam (2021): Rebellion oder Untergang! Ein Aufruf zu globalem Ungehorsam zur Rettung unserer Zivilisation“. Frankfurt: Westend Verlag.
- Deutsch-russische Brückenenergien. Berlin dringt auf Kurskorrekturen in der EU-Russlandpolitik und zielt auf Kooperation bei der Nutzung von Wasserstoff als Energieträger. (2021): <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/8553/> (2.4.2021).
- Heumann, Hans-Dieter (2020): Strategische Diplomatie. Europas Chance in der multipolaren Welt. Paderborn: Verlag Ferdinand Schöningh.
- Institute for Economics & Peace. Global Peace Index (2020): Measuring Peace in a Complex World, Sydney, June 2020. <http://visionofhumanity.org/reports> (2.4.2021).
- Kronauer, Jörg (2018) Meinst du, die Russen wollen Krieg? Russland, der Westen und der zweite Kalte Krieg. Köln: PapyRossa Verlag.
- Paikin, Zachary (2021): It's time to rethink the EU's Russia strategy. <https://home.extranet.ep.europa.eu/its-time-to-rethink-the-eus-russia-strategy/>, DanaInfo=www.ceps.eu,SSL+?mc_cid=c546563a22&mc_eid=4266952f49 (2.4.2021).
- Rogova, Vera (2018): Deutschland und Russland – eine neue Entspannungspolitik? In: spw 3/2018, S. 5-7.
- Stewart, Susan (2020): SWP Aktuell, NR. 96 DEZEMBER 2020. Eine robustere Russlandpolitik für die EU. Wie Koalitionen von Mitgliedstaaten dazu beitragen könnten. https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/aktuell/2020A96_eu_russlandpolitik.pdf (5.4.2021).
- The International Institute for Strategic Studies (IISS) (2021): The Military Balance 2021. <https://www.iiiss.org/publications/the-military-balance> (3.4.2021).
- Zellner, Wolfgang (2020): Neue Aufgaben für die konventionelle Rüstungskontrolle in Europa. https://ifsh.de/file/publication/Policy_Brief/20_01_Policy_Brief.pdf (9.4.2021).